

en beraten

ung

«Mission B»

Das SRF will mit seinem Themenfokus die Biodiversität in der Schweiz fördern.

RSI

RTR

RTS

SRF

POLITIK & WIRTSCHAFT

UBS-Chef Ermotti will 300 Millionen sparen

Zürich – Die Grossbank UBS will wegen der schwierigen Lage am Finanzmarkt weitere Kosten einsparen. CEO Sergio Ermotti (58) sprach gestern von zusätzlichen 300 Millionen Dollar kurzfristigen Kostensenkungen. Die Erträge in der globalen Vermögensverwaltung liegen aktuell fast ein Zehntel unter Vorjahr.

Wieder Busse für Google

Brüssel – Die Wettbewerbsbehörden der EU schlugen zum dritten Mal zu und brummen Google eine Strafe von 1,49 Milliarden Euro auf. Bei Suchmaschinen-Werbung im Dienst «AdSense for Search» seien andere Anbieter unzulässigerweise behindert worden, sagt die Kommission. Insgesamt fordert Brüssel vom US-Konzern bereits Bussen über 8,25 Milliarden Euro.

Bundeshaus-Linke schneidet Orban-Partei

Bern – Beim Besuch des ungarischen Parlamentspräsidenten im Bundeshaus kams gestern zu einem Eklat. Nationalräte von SP und Grünen verliessen aus Protest den Saal, als Nationalratspräsidentin Marina Carobbio Guscetti (SP) den Politiker der Orban-Partei Fidesz auf der Besuchertribüne begrüsst.

Verspätungen von Flügen nehmen zu

Zürich – Der Schweizer Flugbetrieb wird immer unpünktlicher: Seit 2014 nahm die Anzahl verspäteter oder ausgefallener Flüge um über 50 Prozent zu. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des Fluggastrechte-Portals Airhelp.

SP-Ständerat Stöckli tritt nochmals an

Bern – Hans Stöckli (66) strebt eine dritte Legislatur als Berner Ständerat an. Die kantonale SP nominierte ihn gestern einstimmig. Der langjährige Bieler Stadtpräsident und Nationalrat wurde 2011 in die kleine Kammer gewählt. Schafft er im die Wiederwahl, dürfte er 2020 Ständeratspräsident werden.

Börse & Devisen

Table with 2 columns: Index/Rate and Change. Includes SMI, DOW JONES, EURO/CHF, USD/CHF, GOLD, ERDÖL.

Postauto entschädigt geprellte Chauffeure Zusatzferien und keine Gratis-Arbeit mehr



Die Post hält Wort. BLICK weiss, dass Postauto auf gutem Weg ist, was eine Einigung mit den Fahrerinnen und Fahrern betrifft: Millionen werden an die Chauffeure fliessen.

Wie BLICK letzten September publik machte, nahm es Postauto mit dem Arbeitsgesetz in der Vergangenheit nicht so genau. Den Chauffeuren wurden Zulagen und Spesen verweigert, auf die sie Anrecht hatten. Und die Fahrer berichteten, dass sie unter riesigem Zeitdruck stehen und nicht einmal Zeit für WC-Gänge hätten.

Der Postauto-Interimschef Thomas Bauer (54) gab tags darauf im BLICK-Interview zu, dass die Postauto-Chauffeure ausgepresst wurden. Er entschuldigte sich dafür und gelobte Besserung. Und tatsächlich: Es gibt gute Nachrichten für die Postauto-Piloten. Postauto-Sprecherin Katharina Merkle bestätigt: «Ja, wir haben uns auf



ein Gesamtpaket einigen können.» Man freue sich, mit den Gewerkschaften zu einer Lösung gekommen zu sein. Demnächst werde dazu informiert.

Einerseits ging es bei den Differenzen mit den Arbeitnehmern um Spesen und Zulagen, die Postauto schuldet, wenn Chauffeure ihre Pause nicht an ihrem vertraglich festgelegten Dienort machen müssen. Beispielsweise müssen in diesem Fall Verpflegungskosten entschädigt werden. Und wenn die Fahrer ihren Dienst ausserhalb ihres Dienorts beginnen müssen, haben sie zudem Anspruch auf Weggeld. Als erste sollen laut BLICK-Informationen Chauffeure im Kanton Jura Geld erhalten. Die Rede ist von über einer Million Franken. Die Jura-Lösung ist wegweisend für die Chauffeure in anderen Kantonen. Denn sie gibt einen Hinweis darauf, dass Postauto nun bereit ist, die Spesen und Zulagen für die letzten fünf Jahre zu zahlen. Anfangs hatte man bloss insgesamt zwei Millionen für die beiden letzten Jahre auszahlen wollen. Wenn tatsächlich schon für den Kanton Jura mehr als 1 Million anfällt, deutet das darauf hin, dass insgesamt bis zu fünf Millionen ausgeschüttet werden dürften.



Die Post dürfte insgesamt bis zu fünf Millionen Franken für die Chauffeure ausschütten.

arbeit soll verhindert werden. BLICK weiss, zur Einigung gehören Regelungen für den obligatorischen Sicherheitscheck, für den derzeit nur wenige Minuten aufgewendet werden dürfen. Künftig wird es mehr Zeit geben.

Diese längere Arbeitszeit für Tausende Postauto-Fahrer wird sich summieren. Postauto wird auch dafür künftig mehrere Millionen mehr zahlen müssen. Fürs laufende Jahr soll es eine Sonderregelung geben: Da der Fahrplan nicht mehr verändert werden kann, können sich die Chauffeure auf einmalig mehr Ferientage freuen.

Pascal Tischhauser

Alt Ständerätin Christine Egerszegi kritisiert ihre Nachfolger

Statt Reflexion regiert Emotion!

Es war ein Ja der Schande: Vorgestern entschied der Ständerat – eigentlich die «Chambre de réflexion», die den emotionalen Nationalrat heruntertemperiert –, dass die Schweiz verurteilte Terroristen in Folterstaaten ausschaffen dürfe. Das Begehren kam aus der CVP – der Tessiner Nationalrat Fabio Regazzi (56) hatte es bereits durch die grosse Kammer geboxt.

Dabei darf laut zwingendem Völkerrecht und der Bundesverfassung niemand in einen Staat ausgeschafft werden, in dem ihm Gewalt oder Tod drohen. So plädierte auch bürgerliche Ständeräte wie der Appenzeller Andrea Caroni (38, FDP) erfolglos gegen die Forderung der CVP. Die Linke

war erwartungsgemäss geschlossen dagegen – wie Bundesrat und vorbereitende Kommission.

Jetzt schaltet sich mit alt Ständerätin Christine Egerszegi (70) eine gewichtige liberale Stimme in den Streit ein. «Der Ständerat hat mich schwer enttäuscht. Er war bisher immer der Rat, der solch emotionale und überspitzte Forderungen nicht unterstützt hat», sagt die Aargauer FDPlerin, die von 2005 bis 2015 im Stöckli sass. Egerszegi prangert an: «Vorgestern wurde aus der Chambre de réflexion die Chambre d'émotion! Das schadet unserem Land.»

Und sie warnt: Der Entscheid sei ein «unüberlegter Schnellschuss», den man nicht auf die



leichte Schulter nehmen dürfe. «Terroristen in Folterstaaten ausschaffen dürfen: Das stellt unsere Rechtsstaatlichkeit fundamental in Frage!» Auch Mörder könne man in der Schweiz «nicht einfach töten. Damit ritzt der Ständerat an unserem Ansehen der Menschlichkeit.»

Gerade auch mit Blick nach Genf als Zuhause des Internationalen Roten Kreuzes sei die Ausnahmeregelung bedenklich. «Die Schweiz hat beim Erhalt des Völkerrechts bisher eine Vorreiterrolle gespielt. Mit Entscheidungen wie diesem oder jenem mit den Waffenexporten in Bürgerkriegsländer schaden wir dem Ruf unseres Landes.»

Doch warum sagte die kleine Kammer überhaupt so überraschend Ja zum Folterstaaten-Vorstoss der CVP? Egerszegi: «Man hat dem Absender keinen solch krassen Vorstoss zugeordnet. Wäre es aus der SVP gekommen, hätten die Ständeräte es kritischer angeschaut.»

Cinzia Venafro

Franchise soll nun doch nicht erhöht werden SVP entdeckt ihr Herz für Prämienzahler

Gerade erst gaben National- und Ständerat grünes Licht: Kranke sollten künftig tiefer in die eigene Tasche greifen. Die Krankenkassen-Franchisen sollten automatisch der Kostenentwicklung angepasst werden – und damit steigen. Die Mindestfranchise von heute 300 Franken würde damit alle paar Jahre um 50 Franken steigen.

Die SP hat bereits das Referendum angekündigt. Doch jetzt dürfte das Geschäft schon im Parlament Schiffbruch erleiden. Denn die SVP bekommt plötzlich kalte Füsse und will die Vorlage versenken.

Das bestätigt Fraktionschef Thomas Aeschi (40) gegenüber BLICK: «Wir lehnen diese Vorla-

ge in der Schlussabstimmung ab. Das hat die Fraktion grossmehrheitlich beschlossen», sagt Aeschi zu BLICK.

In der Debatte hatte seine Partei das Geschäft noch unterstützt. Doch jetzt sagt Aeschi: «Man kann die Prämienzahler nicht einseitig für die steigenden Gesundheitskosten verantwortlich machen. Wir müssen die Kostenproblematik in einem Gesamtpaket lösen – die Pharmaindustrie, Krankenkassen, Ärzte, Spitäler und Kantone müssen ihren Beitrag leisten.»

SP-Chef Christian Levrat drängt nun darauf, dass auch die übrigen Befürworter dem Beispiel folgen: «Ich fordere die Bürgerlichen auf, die Übung abzubrechen. Sie haben offen-



sichtlich keinen Plan in der Gesundheitspolitik.»

Er erinnert daran, dass der Nationalrat die Franchise auch schon auf 500 Franken erhöhen wollte und wieder zurückkrebst. «Jetzt das gleiche Hüst und Hott bei der Franchiserhöhung, das ist nur noch peinlich.



Die Rechten haben kein Rezept gegen die steigenden Prämien.»

Er sieht aber noch einen weiteren Grund für den SVP-Rückzieher: die Wahlen im Herbst. «Die SVP hat Angst vor dem Volk», so Levrat. «Jetzt ändert sie offenbar in letzter Sekunde ihre Position bei den Franchi-

sen, weil sie Angst vor einer Volksabstimmung hat.»

Der SVP-Rückzieher kommt bei den andern Bürgerlichen nicht gut an: «Das ist eine grosse Enttäuschung», sagt FDP-Nationalrat Philippe Nantermod (34, VS). Die SVP habe das Projekt die ganze Zeit über unterstützt – bis jetzt. «Ich verstehe diese Angst vor den nationalen Wahlen nicht.»

Die Politik müsse bei der Krankenversicherung nun Massnahmen ergreifen. «Das erwarten die Bürger von uns», so Nantermod. «Und es gibt keine Massnahme, die zu 100 Prozent populär sein wird, wenn es sich um eine Begrenzung der Kostensteigerung handelt.»

Ruedi Studer, Sermîn Faki

